



Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 3. Mai 2018

Antrags-Nr. 18-F-02-0007

Sozialmissbrauch verhindern - Dokumentenprüfung intensivieren - Antrag der CDU Fraktion vom 24.04.2018 -

Soziale Leistungen und Hilfen sind für bedürftige Menschen da. Leider gibt es immer wieder auch Fälle, in denen Leistungen in Anspruch genommen werden, ohne dass die Empfänger zum Erhalt dieser berechtigt sind. Dies geht zu Lasten der städtischen Finanzen und bedeutet eine Belastung des Steuerzahlers. Die Erschleichung von Leistungen ist oftmals auf Vorlage falscher oder gefälschter Dokumente zurückzuführen. Zur Identifikation falscher Dokumente reicht eine optische Prüfung oftmals nicht aus, um vor allem professionell gemachte Fälschungen zu erkennen.

Die Stadt Hamm führt seit einem Jahr eine technische Dokumentenprüfung durch. Dabei werden Ausweise und Papiere an verschiedenen Stellen, nämlich im Amt für Soziale Integration, im Amt für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten, in der Führerscheinstelle, in der Stabstelle Soziale Planung, in den Bürgerämtern, im Standesamt, im Ordnungsamt und im Jobcenter gewohnheitsmäßig mit speziellen Geräten (VISOTEC Expert) sowie einer entsprechenden Software (VISOCORE Verify bzw. Inspect) geprüft. Die Stadt Hamm hat seitdem 35 Fälle, in denen Dokumente ganz oder teilweise gefälscht waren, zur Anzeige gebracht, über 200 Fälle sind derzeit noch offen bei einer Anzahl von 4.500 überprüften Dokumenten. Statistisch wird pro Fall, in dem gefälschte Dokumente zur Erlangung von Leistungen erfolgreich eingesetzt werden, eine Schadenssumme von 10.000-60.000 Euro zugrunde gelegt. Die Stadt Hamm hat nach eigenen Angaben bisher 1,75 Millionen Euro durch die Prüfung eingespart.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden setzt in der Ausländerbehörde sowie im Bürgerbüro ebenfalls derartige Geräte ein, tut dies jedoch nicht flächendeckend an allen Stellen/Ämtern, wo Dokumente geprüft werden müssten.

Die Stadt Hamm hat sehr positive Erfahrungen gemacht, wobei sowohl die Anschaffungs- als auch die laufenden Kosten gegenüber der potenziellen Schadenssumme sehr gering ausfallen. Zudem beobachtet die Stadt Hamm Rückgänge bei den Betrugsversuchen, da sich der Einsatz des Dokumentenprüfsystems herumgesprochen hat.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten, wie derzeit in den unterschiedlichen Institutionen die Prüfung von Dokumenten auf Echtheit vorgenommen wird;
2. zu berichten, wie viele Geräte zur Dokumentenprüfung an welchen Stellen in welchem Umfang bereits eingesetzt werden;
3. zu berichten, welche Erfahrungen mit den Systemen gemacht wurden, insbesondere wie viele Fälle falscher oder teilweise gefälschter Dokumente bisher zur Anzeige gebracht wurden und wie hoch die Einsparungen der LH Wiesbaden durch das Verhindern von Leistungerschleichung auf Basis falscher Dokumente ausfallen;

4. zu berichten, warum gegebenenfalls trotz positiver Erfahrungen bisher keine flächendeckende elektronische Prüfung von Dokumenten auch in Bereichen über Ausländerbehörde und Bürgerbüro hinaus vorgenommen wird - oder - warum gegebenenfalls andere Erfahrungen als in der Stadt Hamm gemacht wurden;
 5. zu prüfen, welche Kosten durch eine Anschaffung weiterer Dokumentenprüfungsgeräte sowie der dazu nötigen Software für die LH Wiesbaden entstehen würden und in welcher Relation diese zum Einsparpotenzial stehen;
 6. im Falle einer positiven Prüfung der Sinnhaftigkeit und Praktikabilität Maßnahmen zur Beschaffung zusätzlicher Dokumentenprüfsysteme zu ergreifen.
-

Beschluss Nr. 0171

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 24.04.2018 betr.

Sozialmissbrauch verhindern - Dokumentenprüfung intensivieren

wird zur weiteren Beratung und endgültigen Beschlussfassung an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie überwiesen.

1. Dem Vorsitzenden des Ausschusses
für Soziales, Gesundheit, Integration,
Kinder und Familie
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2018

2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .05.2018

Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister